

Millionenschieben - ein Sport für's Militär

Nicht nur die Vereinigten Staaten erhöhen ihr Militärbudget – und nicht erst seit dem 11. September 2001. Die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) informiert im folgenden über die Haushaltsführung der Regierung im Jahr 2001 und nimmt dabei das Militärbudget genauer unter die Lupe. Die Darstellung der offenbar allgemein bekannten Umgangsweisen von Seiten der Finanzverwalter gibt nicht nur Einblick in die guatemalteckische Praxis der Etatzuweisung, sondern macht in gewisser Weise auch den hilflosen Unmut von Seiten der Bevölkerung und selbst staatlicher Institutionen verständlich, die auf der einen Seite ihren jeweiligen Auftrag erfüllen sollen, doch deren Bereitschaft und mögliche Initiative durch die willkürliche Mittelverschiebung andererseits von vornherein zunichte gemacht wird. Bleibt ihnen wirklich etwas anderes übrig, als die “Großen” nachzuahmen und deren “bewährte Techniken” zu übernehmen?

Zumindest die Frage, woher das Geld stammt, das Präsident Portillo und sein Privatsekretär sowie Vizepräsident Reyes López und sein Sohn in panamaischen Firmen angelegt haben, sollte nach der Lektüre dieses Artikels geklärt sein...

Im Laufe des Jahres 2001 verdoppelte das Militär sein Budget annähernd, indem es von den Überweisungen profitierte, die der Finanzminister “heimlich” aus anderen Abteilungen abgezweigt hatte. Anstelle der ursprünglich zugewilligten 836 Millionen Quetzales betrug die Militärausgaben 1.546 Millionen Quetzales. Dies ist eine eindeutige Verletzung des *Abkommen zur Stärkung der zivilen Gewalt und über die Funktion des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft*, demzufolge der Haushalt um mindestens 33% im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt und mit Bezug auf den Haushalt von 1995 gekürzt werden soll.

Die Praxis der Haushaltsführung ist weit von dem entfernt, was die Regierung gegenüber internationalen GesprächspartnerInnen vertritt. Die Daten zeigen auf, dass das Militär allein im Dezember über 422 Mio. Quetzales ausgab, während sich die Ausgaben bis Ende November auf knapp 26,4 Mio. Quetzales insgesamt beschränkt hatten.

Auch der *Generalstab des Präsidenten (EMP)* bereicherte sich durch eine Etaterhöhung von 69 Mio. auf insgesamt 143 Mio. Quetzales, was im deutlichen Gegensatz zum geringen Haushalt des *Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten (SAAS)* steht, das ersetzen sollte: bis Ende November gab das *Sekretariat* gerade einmal 25,7 Mio. seines Gesamtbudgets von 32,5 Mio. Quetzales aus. Im Monat Dezember wurde dieses um weitere 5 Mio. gekürzt; mit Sicherheit landete dieses Geld beim EMP, dessen Konten allein im Dezember einen Zuwachs von 40 Mio. und Ausgaben von 50 Mio. Quetzales verzeichnete.

Dies deutet entweder auf eine Unfähigkeit in der Haushaltsführung auf Seiten der SAAS hin, oder aber auf ein gewisses Interesse an einer Stärkung des EMP, welcher in einem einzigen Monat so viel ausgab, wie ersteres in einem ganzen Jahr.

Der angewandte Mechanismus der derzeitigen Regie-

rung für diese Geldverschiebungen sieht folgendermaßen aus: Unter Berufung auf den Artikel 132 des Gesetzes für die Haushaltsorganisation werden Mittel, die formell einer ausführenden Körperschaft, in diesem Fall einem Ministerium oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen zugewiesen sind, nach Lust und Laune in andere Ministerien oder öffentliche Einrichtungen verschoben.

Das heißt, damit eine Institution durch eine Überweisung begünstigt wird, geschieht dies zum Nachteil des geplanten Etats einer anderen Institution.

Für den besonderen Fall der Überweisungen an das Verteidigungsministerium hat sich die FRG den Mechanismus zu nutze gemacht, Finanzposten, die für die Tilgung öffentlicher Schulden vorgesehen waren, entsprechend zu verschieben. Da diese Zahlungen jedoch erfüllt werden müssen, wurden im Nachhinein Mittel anderer Ministerien und Einrichtungen auf die Rechnung der Öffentlichen Schulden übertragen, um die vorhergegangene Transaktion auszugleichen.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass Präsident Portillo von allen ausgeführten Überweisungen zugunsten des Verteidigungsministeriums Kenntnis hat, und diese zudem seine Zustimmung finden; ein weiterer Akteur, der über den gesamten Prozess informiert ist, ist der Finanzminister.

Die allgemein entspanntere Weihnachtsstimmung ausnutzend überwies das Finanzministerium 400 Mio. Quetzales an das Militär und kürzte dafür dem Innenministerium 300 Mio., dem Gesundheitsministerium 130 Mio. und dem Wirtschaftsministerium 25 Mio. Quetzales ihrer Haushalte, sowie 5 Mio. dem Haushalt des *Generalsekretariats für Wirtschaftplanung (SEGEPLAN)*, 5,5 Mio. dem Etat des *Nationalrates für Wissenschaft und Technologie* und 7,5 Mio. dem Budget der *präsidialen Menschenrechtskommission (CO-*

PREDEH).

Auch wenn grundsätzlich schon die ausgeführte Verschiebung von finanziellen Mitteln verschiedener Ministerien zweifelhaft ist, ist es noch fragwürdiger, dass Abteilungen, die dafür da sein sollen, die Menschenrechte zu schützen und Wissenschaft und Technik zu fördern, sich für diese Art von Spielen anbieten.

Das Ministerium, das die größte Unfähigkeit im Umgang mit seinem Etat bewies, ist dasjenige für Landwirtschaft und Viehzucht – MAGA – , das im Zeitraum der ersten elf Monate des Jahres 2001 insgesamt 411 Mio. Quetzales ausgab, jedoch allein im Dezember 470 Mio. Quetzales verbrauchte, oder aber das MICIVI (*Ministerium für Infrastruktur und Wohnbauförderung*), das von Januar bis Ende November monatlich im Durchschnitt 11 Mio. investierte und im 12. Monat 457 Mio. ausgab.

Die Angaben hinsichtlich der Haushaltsführung sind äußerst besorgniserregend, zeigen sie doch deutlich das Fehlen von Plänen, die Unbeständigkeit der Funktionäre, sowie die Fortdauer der Praxis, so viel wie möglich erst in den letzten Monaten des Jahres auszugeben. So geschehen im *Sekretariat für Gemeindeorganisation*, das in den ersten elf Monaten 3,2 Mio. pro Monat und im Dezember schließlich 18 Mio. Quetzales ausgab; hinsichtlich des Vorhabens der Bevölkerungsansiedlung wurden im Dezember 24 Mio. gegenüber jeweils durchschnittlich eine Million in den übrigen Monaten des Jahres investiert. Weitere Fälle, die größte Besorgnis erregt haben, waren der von FONAPAZ (*Nationaler Fond für den Frieden*), der zwischen November und Dezember 225 Mio. Quetzales verbrauchte, gegenüber 144 Mio., die von Januar bis Oktober ausgegeben wurden oder der *Indigenafonds* FODIGUA, der im Februar offiziell seine Funktion einstellte, aber im Dezember Ausgaben von 5 Mio. Quetzales verzeichnete.

Die Frage, die wir uns stellen, ist, was das Jahr 2002 wohl für uns bereithält, wenn Pläne des Verteidigungsministeriums vorliegen, nach denen eine Militäruniversität eingerichtet werden soll, die Ausrüstung modernisiert, seine Funktion neu definiert oder eine neue Doktrin geschaffen werden soll und dafür lediglich 1 Milliarde Quetzales zur Verfügung stehen. Wir sind davon überzeugt, dass die Exekutive sowie das Finanzministerium gezwungen sein werden, durch die gewohnten Überweisungen den Militäretat zu verdoppeln, falls das

Verteidigungsministerium wie bisher weiter funktionieren soll, oder ihn gar zu verdreifachen, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. In beiden Fällen sind die Vorschläge und Empfehlungen der zivilen Gesellschaft nicht berücksichtigt.

Aufgrund der Anzeichen von Korruption, die sich gegen Funktionäre der derzeitigen Regierung gewendet haben, beunruhigt uns das maßlose Ansteigen von fast 20% auf dem Konto der allgemeinen Dienste des Präsidentenamtes der Republik oder die 2 Mio. extra auf dem Konto, das privaten Angelegenheiten der Präsidentschaft der Republik vorbehalten ist.

Die Abteilungen, die mit der Bewilligung des aktuellen Jahresetats den größten Haushaltsschaden erleiden, sind: der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) mit fast 100 Mio., das *Sekretariat der Gemeindeorganisation* mit 13 Mio. und der *Solidaritätsfond für die Gemeindeentwicklung* mit 50 Mio. Quetzales an Kürzungen, sowie FONAPAZ mit 140 Mio., der FIS (*Fonds für soziale Investitionen*) mit 125 Mio. und FODIGUA mit 9 Millionen Quetzales weniger. Diese Kürzungen haben zur Folge, dass die genannten und auch andere Institutionen wohl kaum das ganze Jahr über angemessen ihren Dienst erfüllen können.

Ein weiterer Fall größter Besorgnis stellt die Haushaltskürzung der USAC (*Universidad San Carlos*) um 80 Millionen Quetzales dar.

Es scheint, dass es sich mit dieser Haushaltsverabschiedung um einen Akt der Bestrafung derjenigen Institutionen oder Abteilungen handelt, die es gewagt haben, sich gegen die totalitäre Politik der FRG zu stellen.

Die Haushaltsführung während des ersten Monats des Jahres 2002

Man hat im verabschiedeten Haushaltsplan für 2002 entdeckt, dass der Etat des Militärs sich auf verschiedene staatliche Abteilungen verteilt, in denen keinerlei Vermerke über die Einnahmen dieser Institution durch verschiedene Investitionen in private Unternehmen oder durch Leihgaben gemacht werden.

Im Januar wurde keinerlei "Überweisung" getätigt, ein Punkt, den wir als positiv bewerten und als Resultat dessen sehen, dass durch den öffentlichen Druck und die Anzeigen im Laufe des vergangenen Jahres erreicht wurde. Aber auch das bevorstehende Treffen der Konsultivgruppe, die am

11. und 12. Februar in Washington den schlechten Umgang mit dem Haushalt heftig diskutierte, spielt eine Rolle.

Dennoch wird sich voraussichtlich auch in Zukunft nichts an der Tatsache solcher Überweisungsserien ändern, die, wie beschrieben, das Militär zur Erreichung seiner Ziele benötigt.

Eine normale Situation sähe so aus, dass jede Institution jeden Monat durchschnittlich 8,33% des bewilligten Budgets ausgibt. Im Januar hat das *Nationale Verteidigungsministerium* 8,55%, der *Generalstab* (EMP) 13,53% und das *Verwaltungssekretariat* (SAAS) 10,84% verbraucht. In den ersten beiden Fällen kann man bereits feststellen, dass sie im Laufe des Jahres mehr wirtschaftliche Mittel brauchen werden, sollten sie weiterhin in solchen Mengen ihre Ausgaben tätigen. Im Fall der SAAS ist der Anteil eher verständlich, da diese Einrichtung den Generalstab ersetzen soll, logischerweise sollten entsprechend von diesem die Mittel an das Sekretariat übertragen werden.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Folgen des Panama-Skandals

Panama/Guatemala, 22. März. "Sind sie nun korrupt oder nicht?" bzw. "Kann man ihnen die Korruption nachweisen oder nicht?" ist die Frage, die in Guatemala Zeitungsspalten und Tagesgespräche füllt, seit die Existenz privater Konten vier hoher Regierungsmänner in Panama bekannt wurde.

Während der panamaische Anwalt Sydney Sitton bekannt gab, er verfüge über Informationen, die beweisen, dass die veröffentlichten Daten nur die Spitze des Eisbergs seien, kam der guatemaltekeische staatliche Rechnungsprüfer, Marco Tulio Abadía Molina, zum Schluss, die ganze Geschichte sei eine Show, um den Präsidenten zu diskreditieren. Nach seinem Besuch in Panama, wo er sich mit Anwalt Sitton und seinem panamaischen Berufskollegen traf (die Banken, auf denen die Konten eröffnet wurden, bezogen sich aufs Bankgeheimnis und gaben ihm keine Auskunft) meinte Abadía Molina, die JournalistInnen von *Siglo XXI* und der panamaischen *La Prensa* seien von wirtschaftlich einflussreichen und solventen Kreisen in Guatemala gekauft worden.

Zu einem ganz anderen Schluss kam der Ausschuss des guatemaltekeischen Kongresses, der mit der Untersuchung des Skandals beauftragt wurde. Auch die Mitglieder dieser Kommission reisten nach Panama, kehrten jedoch mit der Überzeugung zurück, dass Präsident Portillo, sein Sekretär, Vizepräsident Reyes López und dessen Sohn durchaus in illegale Geschäfte verwickelt sind. Der Kongress verlängerte die Arbeit der Kommission von fünfzehn auf sechzig Tage, damit detailliertere Informationen eingeholt werden können.

In Guatemala selber hat sich nach Bekanntwerden des Skandals sofort eine neue Bewegung gebildet mit dem Ziel, mit Massenprotesten gegen die Korruption auf Regierungsebene vorzugehen. Dem *Movimiento Cívico por Guatemala* (BürgerInnenbewegung für Guatemala) gehören die unterschiedlichsten Persönlichkeiten an, u.a. der Generalsekretär der sich formierenden Partei *Nationale Union der Hoffnung*, Alvaro Colom und der Ex-Militär und Generalsekretär der sich ebenfalls formierenden *Patriotischen Partei*, Otto Pérez Molina. Weitere Mitglieder sind Miguel Angel Sandoval vom Menschenrechtszentrum CALDH, die ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichts, Conchita Mazariegos, und Miguel Angel Albizuques von der *Allianz gegen Straffreiheit*.

Die Hauptforderung an ihrer ersten Demonstration vom 13. März an die in den Skandal involvierten Staatsmänner

ist der Verzicht auf die Immunität, sowie die Entlassung aller in Korruption verwickelter Staatsangestellter. Die Parolen der rund 8000 Demonstrierenden (5000 laut *Prensa Libre* und 3000 laut Polizei) "Weg mit den Dieben" und "Sie sollen abtreten" wurden vom Glockengeläute der neben dem Regierungspalast liegenden Kirche San Sebastian und dem Singen der Nationalhymne dramatisch untermalt. An diesem Tag wurde auch mit dem Sammeln von 500'000 Unterschriften für die Absetzung Portillos begonnen. (Dies in Bezug auf ein Wahlversprechen Portillos, dass er zurücktreten würde, wenn 500'000 Personen dies forderten.)

Im Vorfeld der Demonstration wurden Radiospots verbreitet, die die Bevölkerung davon abhalten sollten, am Protest teilzunehmen. In den anonymen Spots hiess es, das *Movimiento Cívico* verfolge parteipolitische Interessen, was sicher nicht ganz falsch ist in Anbetracht der Tatsache, dass zwei der Anführer dieser Bewegung daran sind, ihre eigenen Parteien aufzubauen. Die Urhebererschaft dieser Kampagne wurde der Regierung angehängt, doch ist diese nicht die einzige, die dem *Movimiento Cívico* kritisch gegenübersteht.

Sicher nicht mit den selben Gründen wie die Regierung warnen auch verschiedene PolitologInnen davor, dass die Aktionen des *Movimiento* eine kontraproduktive Dynamik entwickeln könnten. So weist z.B. Otto Zeissig vom *Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES) darauf hin, dass, falls sich Portillo wirklich zum Rücktritt gezwungen sieht, der Übernahme der (interimistischen) Präsidentschaft durch

Efraín Ríos Montt nichts mehr im Wege steht. Weiter kritisiert Zeissig, dass es nicht damit getan sei, nach der Absetzung korrupter Staatsmänner zu schreien ohne nicht gleichzeitig über das Fehlen eines Rechtsstaates und die Existenz paralleler Machtstrukturen zu sprechen.

Dass dies offenbar im *Movimiento Cívico* nicht geschieht, hat vielleicht mit seiner Zusammensetzung zu tun und damit, dass man sich in gewissen Kreisen noch nicht sicher ist, wie man sich dieser Bewegung gegenüber positionieren will: Von den 'klassischen' Volks- und Menschenrechtsorganisationen haben nur CALDH und die *Allianz gegen Straffreiheit* aktiv zu den Protesten aufgerufen. Der UnternehmerInnenverband CACIF hat sich überhaupt nicht verlauten lassen, offenbar ist man sich dort noch nicht im Klaren darüber, ob man die Gruppe Gutiérrez unterstützen will, der Colom und Pérez Molina angehören, oder die Gruppe von Eduardo González und der PAN. Von einer 'breit abgestützten' BürgerInnenbewegung kann also im Fall des *Movimiento Cívico por Guatemala* nicht gesprochen werden. Dies war auch an der zweiten Demonstration des *Movimiento* vom 21. März spürbar, an der nur noch rund 500 Personen teilnahmen.

Am 16. März wurde der Departementsekretär der *Patriotischen Partei* (PP) von Suchitepéquez, Jorge Rosal Zea, von unbekanntem Männern auf offener Strasse ermordet. Laut Information des Generalsekretärs der (sich formierenden) Partei, Otto Pérez Molina, ist die Ermordung von Rosal Zea ein Einschüchterungsversuch gegen die PP, aufgrund derer Aktivitäten innerhalb des *Movimiento Cívico*.

Kein US-Visa für korrupte Staatsmänner

Guatemala, 19. März. Die US-amerikanische Botschaft in Guatemala verlängert bzw. stellt keine Visen mehr aus für Staatsangestellte, die in Korruptionsfälle verwickelt sind. Diese Regelung gilt ab sofort und für ganz Lateinamerika.

Ob das für Präsident Portillo auch gilt, ist unklar, weil die Untersuchungen im Fall Panama noch nicht abgeschlossen sind - ein Wink mit dem Zaunpfahl ist es auf jeden Fall.

Die ersten beiden, die dran glauben mussten, sind der in die Panama-Connection verwickelte César Medina Farfán und der in den Drogenhandel involvierte General Francisco Ortega Menaldo, denen mit sofortiger Wirkung ihr US-Visa entzogen wurde. Im Fall von Medina Farfán erklärte die US-Botschaf-

terin in Guatemala, Prudence Bushnell, jedoch, dass es sich um eine migrationsgesetzliche Massnahme handle und nicht um Korruptionsverdacht...

Ortega Menaldo seinerseits veröffentlichte einen Brief an die US-amerikanische Botschaft, in dem er sich auf seine "langjährige Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Regierung" beruft.

"Krieg der Korruption" heisst die Devise von Georg W. Bush für Lateinamerika. "Ein Land, das Geld von uns bekommt, hat auch eine gewisse Verantwortung seinem Volk gegenüber. Ich habe kein Interesse daran, die Korruption zu finanzieren, denn diese fördert den Terrorismus," erklärte Bush in einem Interview, kurz vor der UNO-Verschuldungskonferenz in Monterrey.

De Leon Carpio verlässt die FRG

Guatemala, 11. März. Der ehemalige Präsident Guatemalas (1993 - 1995) und heutige Kongressabgeordnete der FRG, Ramiro de Leon Carpio, ist sowohl aus der Partei aus- wie von seinem Kongressamt zurückgetreten. Während einer Pressekonferenz, an der er seinen Rücktritt bekanntgab, wiederholte er mehrmals, er habe sich geirrt und wolle nun seine Fehler wieder gut machen. Er habe sich täuschen lassen, wie so viele GuatemaltekenInnen und geglaubt "dass sich das Schicksal des Landes anders entwickeln würde". Nebst seinen Ämtern legte De Leon Carpio auch die Immunität ab sowie alle sonstigen Privilegien, die er als Kongressabgeordneter genoss. Er werde sich in Zukunft seinen Privatangelegenheiten widmen und sich für das Wohl der MigrantInnen einsetzen, sagte er.

Der Generalsekretär der FRG und Kongresspräsident Efraín Ríos Montt gab zu, dass dieser Rücktritt unerwartet kam und dass er der Partei schade. Gleichzeitig beschwichtigte er aber: "Es

ist schade, weil er ein Freund ist. Zum andern ist er aber auch nur einer von insgesamt 63 Abgeordneten.

Da in Guatemala in jüngster Zeit nichts mehr so ist wie es scheint, gab auch der Rücktritt De Leon Carprios Anlass zu Spekulationen. Einige AnalytikerInnen glauben, dies alles sei nur eine Strategie der FRG, um De Leon Carpio zum Menschenrechtsprokurator zu ernennen, dessen Wahl in den nächsten Wochen ansteht. Obwohl die Menschenrechtsorganisationen in einer internen Vorauswahl drei WunschkandidatInnen vorgeschlagen haben, und obwohl De Leon Carpio betonte, er habe kein Interesse, diese Posten wieder einzunehmen (er hatte ihn bereits einmal während der Regierungszeit von Präsident Jorge Serrano inne), ist man misstrauisch, ist doch die FRG nicht dafür bekannt, die Meinungen und Vorschläge anderer zu respektieren.

De Leon Carpio ist aber nicht der einzige Unzufriedene in den Reihen der FRG. Am 4. März traten Camilo Rodas,

Sekretär für die nationale Organisation der Partei, seine Frau María Antonieta Morales de Rodas, Vizepräsidentin des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) sowie deren beiden Söhne aus der FRG aus. Auch sie begründen ihren Rücktritt mit der Enttäuschung über die jüngste Entwicklung innerhalb der Partei.

Weitere FRG-Kongressabgeordnete äusserten ebenfalls ihren Unmut über die Partei: "Wir wollen noch etwas abwarten, wie sich die Situation entwickelt, bevor wir Entscheidungen treffen", sagte z.B. Iván Santiesteban. Die Hauptkritik der Unzufriedenen ist die herrschende Korruption innerhalb der Partei und die Tatsache, dass sie als Kongressabgeordnete keinerlei Einfluss auf das Parteigeschehen haben.

Ríos Montt reagierte gelassen: "Wir können nicht mehr machen, als wir bereits tun. Wir sind 63 Kongressabgeordnete und es hat nun mal nicht 63 Kommissionen zu präsidieren und 63 Länder, um einen Staatsbesuch zu machen".

Polizei unter Militärkontrolle

Guatemala, 11. März. Innerhalb der zivilen Nationalpolizei (PNC) findet ein rasanter Militarisierungsprozess statt, seit der ehemalige Verteidigungsminister, Eduardo Arévalo Lacs, ins Innenministerium gewechselt hat. Sowohl von Militärangehörigen wie auch von Offizieren der Polizei wurde der Tageszeitung *El Día* ein auf höchster Ebene ausgestelltes Dokument zugespielt, in dem die Polizeikommissariate dazu aufgefordert werden, ihre Berichte mit Kopie an den militärischen Generalstab anzufertigen.

Auf Befehl von Innenminister Lacs haben Leute vom militärischen Geheimdienst G2 das Recht, alle acht Stunden Einblick in sämtliche Polizeiprotokolle zu nehmen und wichtige Nachrichten, wie z.B. Banküberfälle, Morde, Entführungen, Fahrzeugdiebstahl oder die Verhaftung von *Mara*-Mitgliedern an ihre Vorgesetzten weiterzumelden. Lacs bezieht sich dabei auf einen Regierungsbeschluss aus dem Jahre 2000, in dem es heisst, das Militär könne bei Bedarf zur Unterstützung der Polizei beigezogen werden. Die Offiziere, die ihre Namen nicht veröffentlichen wollten, beklagen sich darüber, dass die rund 80 in die PNC 'eingeschleusten' G2-Agenten oft in Zivil arbeiten, eigenmächtig Verhaftungen vornehmen und Untersuchungen durchführen, die eigentlich zum Aufgabenbereich der Polizei gehören.

Diese Tatsache allein lässt bei vie-

len Menschen die Angst aufkommen, dass sich die Zustände der 80-er Jahre wiederholen: Die Militarisierung der ganzen Gesellschaft und aller staatlichen Strukturen. Diese Angst ist nicht unbegründet, wie die aktuellen Geschehnisse beweisen:

Am 15. Februar wurde die Geschäftsführerin eines privaten Unternehmens, Frau Asdiade Arenales, entführt. Das Lösegeld von rund vier Mio. US-\$ sollte zu einem bestimmten Haus in der Zone 2 der Hauptstadt gebracht werden. Bei der Übergabe des Geldes kam es aber zu einer Schiesserei, wobei zwei Angehörige des Geheimdienstes ums Leben kamen.

Die offizielle Version von Innenminister Lacs lautet, dass es zu einer Konfusion kam und die Agenten der Kriminalpolizei 'versehentlich' auf ihre Kollegen der G2 schossen, die eigentlich zu ihrer Unterstützung da waren.

Die Version der Presse lautet, dass die Schiesserei zwischen Polizeikräften und den Entführern stattgefunden hat und die Tatsache, dass zwei G2-Männer dabei ermordet wurden, der Beweis ist, dass diese an der Entführung beteiligt waren. Diese Version wird durch die Aussagen von Kriminalpolizisten gestärkt, die bezeugen dass während der Schiesserei ein weiteres Fahrzeug der G2 vorfuhr, mit dem ein verletzter Geheimdienstler sowie die Waffen der Erschos-

senen abtransportiert wurden. Dies wird ihnen als ein Verwischen der Spuren ausgelegt.

Bisherige Untersuchungen der Staatsanwaltschaft ergaben, dass das Haus, zu dem das Lösegeld für Arenales hätte gebracht werden sollen, vor zwei Monaten vom militärischen Geheimdienst G2 gemietet wurde. Der mögliche Grund, weshalb gerade dieses Haus gemietet wurde, ist auch nicht sehr beruhigend, liegt es doch genau gegenüber dem Parteibüro der URNG.

Ein weiteres Beispiel für die Militarisierung ziviler Strukturen ist die unbegründete Ablösung der Leiterin des guatemaltekenischen Tourismusinstituts (INGUAT), Thelma Quan, durch den ehemaligen General und FRG-Mitglied Luis Miranda Trejo. Miranda Trejo war während des bewaffneten Konfliktes Befehlshaber verschiedener Militärkasernen (u.a. in Playa Grande, Ixcán), war während der Regierung von Jorge Serrano Elías Kommandant der Militärpolizei und ist zusammen mit Julio Roberto Alpérez für die Ermordung des US-Amerikaners Michael Devine verantwortlich. Innerhalb der FRG war er zusammen mit Francisco Ortega Menaldo und Horacio Salán Sánchez für den Kontakt zu den ehemaligen Zivilpatrouillisten (PAC) verantwortlich. Bald im Angebot von INGUAT: Abenteuer-Trecking im Urwald, geleitet von Ex-PAC?

Kinderpornographie - auch ein Thema in Guatemala

Guatemala, 16. März. "Zentralamerika hat sich in die verletzlichste Region hinsichtlich der Kinder- und Jugendpornographie, des Sextourismus, des Handels und der Prostitution von Jungen, Mädchen und Jugendlichen gewandelt, wobei diese Delikte, ausser in Costa Rica, noch nicht als solche gehandhabt werden," so ein Sprecher der Kinderschutzgesellschaft *Pronice* (Gesellschaft Pro Jungen und Mädchen in Zentralamerika).

Neben Jobangeboten für junge Mädchen als "Assistentinnen von ReiseleiterInnen" mit Dollargehältern, gehört das Internet zum Usus dieses Dienstleistungssektors auch in Guatemala. Viele Porno-Webseiten, auf denen guatemaltekeische Mädchen und Jungen in eindeutigen Positionen und Situationen mit Erwachsenen zu sehen sind, stehen oft nur vorübergehend im Netz und der Zugang ist meist gratis. Dies erschwert eine tiefer greifende Untersuchung hinsichtlich der Umstände und v.a. der Verantwortlichen dieser Websei-

ten. Eine weitere anonyme Zugangsmöglichkeit für die Vermarktung und den Austausch von kinderpornographischem Material bieten die Chatrooms im Internet, für die der/die NutzerIn lediglich Netzanschluss sowie einen fiktiven Namen benötigt.

Mitte dieses Monats war Guatemala wenigstens in Kanada in den Schlagzeilen: ein 50-jähriger Kanadier muss sich wegen Besitz, Vertrieb und Import von Kinderpornographie vor Gericht verantworten, dessen Auftauchen in seinem Haus ihn bereits im letzten Jahr in Untersuchungshaft brachte. Der Mann aus Calgary im kanadischen Bundesstaat Alberta arbeitete zunächst bei der Erdölgesellschaft *Amaco Canada*, bevor er als evangelikaler Missionar in ein bisher noch nicht identifiziertes Dorf im guatemaltekeischen Hochland kam, wo er eine Grundschule unterstützte. Laut der Untersuchungsergebnisse haben pädophile KanadierInnen Patenschaften für die Schulkinder übernommen und erhielten im Gegenzug porno-

graphische Fotos der Kinder, vom Angeklagten gemacht.

Casa Alianza, eine Organisation für die Rechte der Mädchen und Jungen auf der Straße in Mexico und Zentralamerika, beendet gerade eine Untersuchung, deren Resultat dafür spricht, dass dieser "kanadische" Fall kein einzelner ist, sondern in ganz Zentralamerika pornographisches Material mit Mädchen und Jungen produziert wird. Der vorliegende Fall aus Kanada ist jedoch wohl der erste in diesem Zusammenhang, in dem ein Ausländer in seinem eigenen Land angeklagt wird, und in dem die Opfer des Verbrechens als GuatemaltekeInnen identifiziert werden konnten.

Zum Gedenken an Nahamán Carmona, einem 13-jährigen Strassenjungen, der vor zwölf Jahren an den Folgen polizeilicher Gewaltanwendung starb, da er sich der willkürlichen Vorgehensweise der "Rechtshüter" widersetzte und damit deren Wut provozierte, beantragt *Casa Alianza*, den 14. März zum Tag der Würde der Kinder zu ernennen.

Die Industrie und das "Christkind" als Umweltproblem

Guatemala, 13. März. Nach sich mehrenden Forderungen sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von Umweltschutzorganisationen, verkündet der Gesundheitsminister Mario Bolaños in der Tageszeitung *La Hora* die geplante "Sanktionierung von Industrieunternehmen, die Flüsse und Seen verseuchen". Um dann doch einmal mit der Erfüllung des Gesundheitskodexes zu beginnen, wird die Regierung eine entsprechende Verfahrensregelung verabschieden, die "die hohe Industrialisierung der ganzen Welt und unserer Länder" erforderlich macht.

Im Departement El Progreso wurde bereits die starke Verschmutzung des Ríos Motagua publik gemacht, nachdem die Vergiftung von Menschen und Vieh massiv zugenommen hat.

Währenddessen zeigen sich LehrerInnen in San Pedro La Laguna, Sololá, in der Öffentlichkeit besorgt um die Verschmutzung des Atitlán-Sees, die v.a. Konsequenz der zufließenden Abwasser ist, die sowohl aus den umliegenden Restaurants und Hotels, als auch von den nahen Feldern stammen.

In Chiquimula ist das Waschen der Kaffeebohnen Hauptursache für die Verschmutzung von Flüssen und Bächen, die mit zunehmender Entwaldung, Bodenerosion und Ablagerungen in den Abflussläufen einhergeht, während im Raum Izabal das Erdöl die Hauptursa-

che für Gewässerverschmutzung ist. Hier hat sich die Bevölkerung und Umweltschutzverbände zusammengetan und fordern von der Regierung, der *Erdölgesellschaft des Atlantiks S.A.* das Explorations- und Exploitationsrecht sofort aufzuheben. Dies im Bestreben, die katastrophalen Umweltfolgen der Petrolindustrie am Izabal-See und am Río Dulce einzudämmen.

Aber auch "El Niño", regelmäßiges Klimaphänomen, das in der Weihnachtszeit auftritt und vielleicht daher seinen Namen vom „Niño Jesus“, dem Christkind hat, ist ein Thema, das die Regierung zwingt, schnellstmöglich Massnahmen zu ergreifen. Laut Untersuchungen des Gesundheitsministeriums droht die Gefahr, dass 13 Departements und 81 Gemeindebezirke in den nächsten zwei Jahren von starker Trockenheit betroffen sein werden. Dies äussert sich nicht nur im mangelndem Vorhandensein von Wasser für Landwirtschaft und Industrie, sondern auch darin, dass die Bevölkerung mit diversen Krankheiten und besonders mit Hunger zu kämpfen hätte.

Mit letzterem ist bereits die Region um Zacapa konfrontiert. Sowohl die langandauernde Trockenzeit, die für dieses Jahr erwartet wird, als auch die geringe Ernte und Produktion des letzten Jahres riefen bereits den FIS (sozialer Investitionsfond) auf den Plan, über den

Nahrungsmittelrationen an die Bevölkerung verteilt werden, um einer Wiederholung der katastrophalen Situation Mitte des vergangenen Jahres vorzubeugen.

Mit praktischem Beispiel voran

Quiché, 6. März. Mit ungewöhnlichen Mitteln veranschaulichte der Linguist Albino Fantini im Rahmen eines Seminars mit dem Titel *Die Tendenzen der zweisprachigen Erziehung auf internationalem und nationalem Niveau* den TeilnehmerInnen, die als LehrerInnen, KoordinatorInnen oder sonst im Bildungssektor Angestellte selbst schon Erfahrung mit dem Phänomen gemacht haben dürften, die Bedeutung der Zweisprachigkeit und deren Notwendigkeit im Schulunterricht: Der gebürtige Italiener begann seinen Vortrag auf Englisch, was bereits Verwunderung im Publikum hervorrief. Anschließend folgte erst ein Teil auf Portugiesisch, bevor er schließlich das Gesagte ins Spanische übersetzte. "So fühlen sich die Kinder in den ländlichen Regionen, wenn man ihnen eine Sprache aufdrängt, die nicht die ihre ist, und was sie unfähig macht zu lernen. Ein solcher Unterricht verwandelt sich in Spott und ist Teil eines lächerlichen und ungerechten Systems."

Fröhliche Ostern!

Guatemala, 7. März. "Für die GuatemaltekenInnen ist Ostern ein grosses nationales Fest, da es Reiche und Arme, Weisse und Schwarze, Indígen@s und Ladin@s im Warten auf Jesus vereint, der kommen wird, um ihre Straßen und Häuser zu segnen."

Die Mischung aus alten vorspanischen, spanischen und christlichen Glaubensanteilen, die sich in der animistischen Lehre der heutigen christlichen Gemeinde Guatemalas finden lassen, stellt sich in den traditionellen Osterbräuchen dar: Prozessionen, Teppiche aus buntem Sägemehl, die heilige Motive darstellen, typische Speisen wie Eierkuchen und gefüllter Fisch, das Abbrennen von Weihrauch, aber auch symbolische Riten wie das Verbrennen oder Erhängen des Judas gehören dazu.

Die genannten Teppiche, die früher aus Kiefernadeln, exotischen Blumen, Kolibrifedern und Früchten bestanden, dienen zur Trennung der Welt des Profanen und der des Heiligen, über sie werden auf Schultern die Bilder der Heiligen durch die Strassen getragen. Denn laut Religion ist der Boden lediglich für den Menschen bestimmt, der die Erde bewohnt, doch wenn ein Heiliger sie streift, hält die Todsünde Einzug.

Ein wichtiger Aspekt und ein Beispiel für die guatemaltekeische Eigenheit, mit religiösen Bräuchen umzugehen, ist die Tatsache, dass die Organisation des Festes vornehmlich in den Händen der Jugend liegt, die die überlieferte Traditionen in gewissem Rahmen beibehalten, sie jedoch gleichzeitig modifizieren und somit lebendig erhalten, indem sie die jeweils aktuelle gesellschaftliche Situation darin verflechten.

Eine Möglichkeit dafür bietet der "Umzug Buffo", veranstaltet von der Fakultät der Humanwissenschaften und der neu gegründeten Fakultät der Rechts- und Sozialwissenschaften der Universität San Carlos (USAC). Dieser Umzug am letzten Freitag der Fastenzeit stellt den Höhepunkt der Aktivitäten der studentischen *Huelga de Dolores* dar und besteht seit mehr als 100 Jahren. Dabei wird die Bevölkerung aufgerufen, sich mehr an den zivilpolitischen Aktivitäten zu beteiligen und auf diese Weise als wahre Gesprächspartnerin dem Staat gegenüberzutreten.

Das jeweils Aktuelle an dem Umzug ist wohl die Verspottung der Regierenden und relevanten Persönlichkeiten des Staates. Hauptkritikpunkte sind in diesem Jahr planmäßig die Erhöhung des Strompreises und der Mangel an Trinkwasser, doch werden die aktuellen politischen Ereignisse auch einbezogen:

Rund 500 StudentInnen demonstrierten am 7. März im Rahmen der Streikveranstaltungen vor dem Kongress und forderten die Aufklärung des Skandals von Panama sowie der Entführung von Nationalbankpräsident Lizardo Sosa.

Die *Huelga de Dolores* war traditionellerweise DIE politische StudentInnenaktivität. Aus Sicherheitsgründen und zum Schutz vor Repression verummten sich die an der *Huelga* teilnehmenden StudentInnen. In letzter Zeit ist die *Huelga* jedoch auch selbst immer mehr in die Kritik geraten und habe seine ideologische und philosophische Konsistenz verloren, so ein ehemals an der *Huelga* aktiv teilnehmender Student.

Im vergangenen Jahr z.B. war einer der Kritikpunkte, dass die OrganisatorInnen des Streiks Geld von Präsident Portillo annahmen und sich somit von ihm 'kaufen' liessen.

Auch gibt es jedes Jahr ein wüstes Gerangel darum, welche StudentInnenvereinigung die *Huelga* anführt. Gegenseitig wirft man sich vor, apolitisch zu sein und organisierten Banden anzugehören, die sich in ihrer "Freizeit" eher mit Drogenhandel, Autoklau und schnellen Festnahmen innerhalb der Uni beschäftigten, denn mit StudentInnenpolitik.

Die Anwesenheit solcher Banden gehe auf Entwicklungen in den 80er Jahren zurück, in denen V-Leute des Mili-

tärs in die Studierendengruppen eingeschleust worden waren, um dort "Unruhe" zu stiften. Die vormalig zum Schutz der streikenden Studierenden vor den Militärs benutzten Kapuzen und Waffen dienen inzwischen dem Missbrauch zum Begehen von Verbrechen.

Auch wenn von den USAC-OrganisatorInnen davon ausgegangen wird, dass der Tag trotz einer massiven Teilnahme der Bevölkerung ruhig verlaufen wird, macht man sich andernorts Sorgen über mögliche Zwischenfälle in der Osterwoche. So stellte zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr in Chimaltenango bereits vier Wochen vorher ein Spezialprogramm zur Prävention von Unfällen während der "Heiligen Woche" auf und teilt dieses per Radio der Bevölkerung mit. Denn Ostern impliziert gleichzeitig Ferien und somit viel Verkehr auf den Straßen.

Zur Finanzierung dieser Notfall-Kampagne wurde extra ein Konzert für Jugendliche organisiert, dessen Gewinn jedoch, auch mit Hilfe von geplanten Verlosungen kaum ausreichen wird, sowohl die Kampagne zu verwirklichen, als auch den schlechten Zustand des einzigen vorhandenen Streifenwagens zu verbessern, um das Vorhaben, in der Osterwoche Tag und Nacht für jegliche Eventualität Bereitschaft zu leisten, effektiv realisieren zu können. Fröhliche Ostern denn!

Bananenfincas im Streik

Izabal, 18. März. Rund 500 ArbeiterInnen der Bananenfincas Arápagos, Zaculeu und Lanquín haben die Arbeit zu einem unbefristeten Streik niedergelegt, aus Solidarität mit ihren KollegInnen der Finca Lanquín II, auf der bei einer Räumung durch die fincaeigenen Sicherheitskräfte ein Campesino ums Leben kam. Weitere Fincas kündeten ebenfalls Streiks an.

Die Streikenden werfen der Polizei Komplizenschaft mit den Fincabesitzern vor und fordern von den zuständigen Behörden eine Untersuchung des Mordes an Benjamín Pérez González und die Freilassung eines bei der Räumung verhafteten Campesinos.

Die ArbeiterInnenkämpfe auf den Bananenfincas in Izabal haben eine lange Tradition. Nun hat eine der grössten Bananenexporteure, die *Del Monte*, die Nase voll und droht damit, ihre Tochterfirma in Guatemala, die *Banamera de Guatemala* (BANDEGUA), zu schliessen und auf andere Länder auszuweichen. Auch die *Internationale Bana-*

nenkompanie von Guatemala (COBIGUA) hat offenbar Hinweise erhalten, dass ihre Ländereien besetzt werden könnten und droht mit einem Rückzug ihrer Produktion aus Guatemala.

Die *Gewerkschaft der ArbeiterInnen der Bananenplantagen* (SITRABI) distanziert sich vom aktuellen Streik. Die Landbesetzungen seien das Ergebnis einer anderen Art von Arbeitskonflikt, mit denen SITRABI nichts zu tun habe, lautete die etwas kurzsichtige Erklärung des Gewerkschaftsführers Noé Ramírez.

Das ¡Fijáte!-Redaktionsteam hat sich vergrössert! An dieser Ausgabe arbeitete erstmals Christiane Treeck aus Berlin mit. Wir werden also in Zukunft die Artikel und Berichte zu zweit auswählen und bearbeiten und hoffen, dass sie dadurch noch vielfältiger und interessanter werden. Herzlich willkommen im ¡Fijáte!-Team, liebe Christiane!